Dr. Christof Spannhoff (Emslandmuseum Lingen)
Vom größten Dorf des Münsterlandes zur Stadt an der Ems

Am 28. Oktober 2025 hielt Dr. Christof Spannhoff in der Kulturschmiede einen Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „Archivgespräche". Anlass bildete das Festjahr 2025, in dem sowohl 75 Jahre Stadtrechte der Stadt Greven als auch 100 Jahre des Ortsteils Reckenfeld gefeiert wurden. Die vom Stadtarchiv Greven organisierte Veranstaltungsreihe hat zum Ziel, der Öffentlichkeit aktuelle Ergebnisse zur Stadtgeschichte vorzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst einmal darf ich Ihnen ganz herzlich gratulieren – zu einem Doppeljubiläum: **75 Jahre Stadt Greven** und **100 Jahre Reckenfeld**.

Zwei Jubiläen, zwei Geschichten – und, wenn man so will, zwei Charaktere: die selbstbewusste Stadt an der Ems, die einst das „größte Dorf des Münsterlandes" war, und die junge, tatkräftige Siedlung Reckenfeld, die sich ihren Ursprung bis heute nicht ganz einig ist – ob er nun im Munitionslager oder bei den ersten Siedlern zu suchen ist.

Beide Jubiläen sind, das darf man gleich zu Beginn sagen, Kinder des 20. Jahrhunderts – und damit Teil jener spannenden Epoche, in der Westfalen vom agrarischen Landstrich zu einer Region der Städte, Industrien und Identitäten wurde.

Doch bevor wir Greven und Reckenfeld in den Blick nehmen, müssen wir über etwas Grundsätzlicheres sprechen. Denn jeder Festvortrag zu einem Jubiläum beginnt, so will es das ungeschriebene Gesetz der Festkultur, mit einem kurzen Nachdenken über das Wesen solcher Jubiläen selbst. Und wenn Sie sich heute Abend hier versammelt haben, um Geschichte zu feiern, dann tun Sie das – ob bewusst oder unbewusst – in einer sehr alten Tradition.

Jubiläen, meine Damen und Herren, sind mehr als bloß Kalenderereignisse. Sie sind, wenn man so will, die Geburtstagsfeiern der Geschichte – mit all den Emotionen, die dazugehören: Stolz, Nostalgie, ein wenig Pathos und, nicht zu vergessen, gelegentlich auch die schlichte Frage: „Was feiern wir hier eigentlich genau?"

Denn – und das wissen Historikerinnen und Historiker nur zu gut – was auf den bunten Plakaten oft als „Geburtstag der Stadt" prangt, ist selten der tatsächliche Gründungsakt. In den meisten Fällen feiern Orte nicht ihre Entstehung, sondern die erste urkundliche Erwähnung. Und die, das lehrt uns die Quellenkritik, verdankt sich oft eher dem Zufall als einer bewussten Geburtsstunde. Wenn also irgendwo ein 900-jähriges Bestehen begangen wird, ist das zumeist ein Jubiläum des ersten schriftlichen Belegs. Die tatsächliche Gründung liegt meist im Dunkel der Geschichte.

Für das diesjährige Grevener Jubiläum, so könnte man meinen, sei das anders. Hier haben wir ein junges Jubiläum, 75 Jahre, kein dunkles Mittelalter, kein Zufall der Überlieferung. Und doch – auch hier ist es gar nicht so einfach, auf den Punkt genau zu sagen, wann Greven denn nun wirklich Stadt wurde. Denn auch dieser scheinbar moderne Akt – 1950 – war, wie so vieles in der Geschichte, ein Prozess mit kleinen Ungereimtheiten, Missverständnissen und, ja, sogar einer falschen Urkunde. Aber dazu später mehr!

Zunächst einmal wollen wir klären, worüber wir hier eigentlich reden: Was ist überhaupt eine Stadt? Und warum war und ist es für Orte wie Greven so bedeutsam, diesen Titel zu tragen?

Was ist eine Stadt – und was bedeutete sie im 19. und 20. Jahrhundert?

Der Stadtbegriff, meine Damen und Herren, ist eine der wandelbarsten Kategorien der europäischen Geschichte. Was im Mittelalter eine ummauerte, privilegierte, mit Marktrecht und eigenem Gericht versehene Gemeinschaft war, ist im 19. und 20. Jahrhundert längst etwas anderes.
Der Stadtbegriff seit dem 19. Jahrhundert unterscheidet sich grundlegend von dem der mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Stadt. Die modernen Städte besaßen weder Mauern noch ein eigenes, individuell verliehenes Stadtrecht. Während im 12. und 13. Jahrhundert Stadtrechte von den Bürgern erkämpft oder durch Stadtherren gewährt worden waren, bewegten sich die Städte seit dem 19. Jahrhundert in einem einheitlichen, vom Staat vorgegebenen Rechtsrahmen. In Preußen galt hierfür die Städteordnung von 1856. Nach preußischem Vorbild war die Stadt als Einwohnergemeinde konzipiert, deren Verwaltung durch einen „kollegialischen Gemeindevorstand", den Magistrat, geführt wurde; unter bestimmten Bedingungen konnte auch eine Bürgermeisterverfassung eingeführt werden. Bürgerrechte – also das aktive und passive Wahlrecht – waren an Steuerleistung oder Grundeigentum gebunden. Der Bürgermeister fungierte in Polizeifragen zugleich als staatliches Organ, während der Stadt bestimmte Pflichtaufgaben, etwa in der Armenfürsorge oder der inneren Sicherheit, übertragen wurden. Trotz dieser staatlichen Vorgaben blieb die kommunale Selbstverwaltung durch die sogenannte Allzuständigkeit erhalten, die den Gemeinden umfassende Handlungsmöglichkeiten einräumte.

Rechtlich verschwanden allerdings die Unterschiede zwischen Stadt und Land zunehmend, da auch Landgemeinden in der Landgemeindeordnung von 1856 als handlungsfähige Körperschaften definiert waren. Die preußischen Städteordnungen unterschieden dabei nicht zwischen Groß- und Kleinstädten; Abweichungen bestanden lediglich in der Größe des Magistrats und der Zahl der Stadtverordneten. Im Zuge der Verwaltungsreformen des 19. Jahrhunderts verloren viele Orte ihren alten Stadtrechtsstatus. Manche Gemeinden, denen im Mittelalter Stadtrechte verliehen worden waren, verzichteten aus finanziellen Gründen auf die Anwendung der Städteordnung und wurden stattdessen nach der Landgemeindeordnung verwaltet. Mit der Einführung der Provinzialordnung von 1875, die in Westfalen 1886 umgesetzt wurde, entfiel auch das besondere Vertretungsrecht der Städte im Provinziallandtag, das zuvor als wichtiges Merkmal städtischer Autonomie gegolten hatte. Um 1905 wurden in Westfalen rund ein Fünftel der als Städte bezeichneten Orte tatsächlich nach der Landgemeindeordnung geführt. Diese sogenannten „Titular- oder historischen Städte" galten lediglich dem Namen nach als Städte, ohne den entsprechenden Rechtsstatus zu besitzen.
Parallel zu dieser rechtlichen Vereinheitlichung wandelte sich das äußere Erscheinungsbild der Städte. Im 19. Jahrhundert kam es zu einem starken Flächen- und Bevölkerungswachstum. Der Abriss der alten Stadtmauern ermöglichte die Ausdehnung auf die Feldfluren des Umlandes, wodurch neue, funktional unterschiedliche Viertel entstanden – etwa Villen-, Industrie- und Bahnhofsviertel sowie Arbeiterviertel. Der alte Stadtkern entwickelte sich zur City. Dieses Wachstum spiegelte sich auch in der demografischen Struktur wider: Für die Zeit um 1900 unterschied man Kleinstädte mit unter 20 000, Mittelstädte mit über 20 000 und Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern.
Die moderne Stadt war zugleich ein Ort sozialer und ökonomischer Differenzierung. Der wirtschaftliche Wandel vom landwirtschaftlichen zum gewerblichen Sektor und das Anwachsen des Dienstleistungssektors

führten zu einer neuen sozialen Gliederung. Neben der wachsenden Arbeiterschaft und den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich traten neue Wirtschaftsbürger, die die traditionellen Stadteliten teilweise ablösten. Damit unterschied sich die Stadt des 19. Jahrhunderts deutlich von der älteren Ackerbürgerstadt, die noch agrarisch geprägt war und weder eine proletarische Unterschicht noch eine ausgeprägte Oberschicht kannte.

Schließlich erlebte die Stadt seit dem 19. Jahrhundert eine zunehmende Ausprägung urbaner Lebensformen und kultureller Einrichtungen. Zur urbanen Kultur gehörten sowohl die Daseinsvorsorge – etwa in Form öffentlicher Infrastruktur und sozialer Einrichtungen – als auch kulturelle Institutionen wie Theater, Museen und Bibliotheken. Hinzu kamen Angebote der Massenkultur und ein vielgestaltiges Vereinswesen, das einerseits soziale Milieus widerspiegelte, andererseits aber auch verbindende, übergreifende Funktionen erfüllte. Auch die aufkommende Medienkultur und neue stadtplanerische Konzepte werden heute als Ausdruck urbaner Kultur verstanden.
Insgesamt zeigt sich die Stadt um 1900 als ein Produkt der staatlichen Verwaltungsmodernisierung, des industriellen Wachstums und der sozialen wie kulturellen Differenzierung. Sie war keine rechtlich privilegierte, ummauerte Stadt mehr, sondern eine funktional vielschichtige, administrativ geregelte und dynamisch wachsende Gemeinde, in der sich die Grundlagen moderner Urbanität herausbildeten.
Auch Greven erlebte diese Metamorphose. Und doch war Greven dabei – rechtlich gesehen – noch gar keine Stadt, sondern eine Landgemeinde im Amt Greven, das wiederum dem Kreis Münster unterstand. Die Menschen lebten in gewisser Hinsicht längst kleinstädtisch – aber auf dem Papier blieben sie „dörflich". Ein typisch westfälisches Paradoxon: man baut Fabriken, hat Elektrizität, Bälle und Vereine – aber formal bleibt man „Dorf". Doch bevor Greven diese Schwelle zur Stadt überschreiten konnte, musste es durch ein Dickicht preußischer Vorschriften und Aktenwege.

Im 19. Jahrhundert wandelte sich Greven von einer ländlich geprägten Kirchspielsgemeinde zu einem industriell aufstrebenden Amtsschwerpunkt mit zunehmend „städtischen" Bedürfnissen – ohne jedoch den formalen Stadtstatus zu erreichen. Nach der Neuordnung der Verhältnisse nach der Franzosenzeit wurden die rechts- und linksemsischen Teile des alten Kirchspiels zum 1. Januar 1815 wieder vereint, das Kirchspiel Gimbte kam am 1. Januar 1821 hinzu; seit dem 1. August 1816 gehörte Greven zum Landkreis Münster. Die Amtsverwaltung wurde zunächst von Honoratioren getragen und gewann mit Friedrich Wilhelm Tümler, der 1825 das Amt übernahm und es fast ein halbes Jahrhundert führte, ein dauerhaftes organisatorisches Rückgrat. Mit der Einführung der ersten Landgemeindeordnung in den 1840er-Jahren konstituierten sich zunächst drei Gemeindeversammlungen im Amt Greven: Greven-Dorf, Greven-Kirchspiel und Gimbte. Von Beginn an hegte man aber in Dorf und Kirchspiel den Wunsch zur Wiedervereinigung, der 1850 in Erfüllung ging. Fortan setzte sich die vereinigte Gemeindeversammlung Grevens aus zwanzig Verordneten, davon acht aus dem Dorf und zwölf aus den Bauerschaften, zusammen.
Mit der Industrialisierung veränderten sich die Kräfteverhältnisse. Die Anbindung an die Bahnlinie Münster–Emden (1856) und die Dynamik der Textilindustrie ließen das Dorf rasch wachsen: 1864 zählte Greven-Dorf 1.689 Einwohner, 1895 bereits 3.649, 1905 4.724 und 1911 5.417; bis 1950 verdreifachte sich die Einwohnerzahl gegenüber 1911 noch einmal. Zugleich verlagerten sich Beschäftigung und Steuerkraft: 1895 arbeiteten 49 % der Grevener in der Textilbranche, 1914 schon 62 %. Die Industrialisierung prägte auch die

Infrastrukturpolitik. 1894 gründete sich die Grevener Elektrizitäts-Gesellschaft; am 21. August 1894 schloss sie mit Greven-Dorf einen Liefervertrag, 1895 brannten die ersten elektrischen Straßenleuchten. Der Dortmund-Ems-Kanal wurde 1892–1898 gebaut, verlief aber östlich am Dorf vorbei, was das Interesse der Kaufleute dämpfte. Eine moderne Kanalisation setzte Greven-Dorf ab 1906 etappenweise um; Wasserwerk und Gasversorgung folgten erst nach 1945.

Die wirtschaftliche Divergenz zwischen dem rasch wachsenden Dorf und den ländlichen Bauerschaften führte zur politischen Entflechtung. Im Juli 1888 forderten Vertreter der Außengemeinden die Trennung, weil sie städtische Großinvestitionen (etwa Brückenbau) nicht länger mittragen wollten, während im Dorf die Armenlasten stark gestiegen waren. Auf einen Gemeindeversammlungsbeschluss vom 22. Juni 1889, eine Abstimmung 1891 und die Zustimmung des Kreisausschusses 1892 folgte die königliche Kabinettsorder vom 14. April 1894: zum 1. Oktober 1894 wurde die Gesamtgemeinde in drei Einzelgemeinden geteilt: Greven-Dorf, Greven rechts der Ems und Greven links der Ems, das Amt Greven blieb als übergeordnete Verwaltungsebene bestehen.

Nach der Aufteilung des Amtes Greven im Jahr 1894 in die drei Gemeinden Greven-Dorf, Greven rechts der Ems und Greven links der Ems war die Voraussetzung für eine eigenständige Stadtwerdung des Dorfes erstmals formal gegeben. Denn nach der preußischen Landgemeindeordnung konnte nur eine klar abgegrenzte Gemeinde den Antrag stellen, in den Rang einer Stadt erhoben zu werden. Paradoxerweise war es ursprünglich gar nicht das Ziel der Teilung, Greven-Dorf auf den Weg zur Stadt zu bringen. Vielmehr hatten die ländlichen Bauerschaften die Trennung gefordert, weil sie sich von den kostspieligen Infrastrukturprojekten des industrialisierten Dorfes – wie der Armenversorgung, der Straßenpflasterung oder der Brückenbauten – entlasten wollten. Doch im Dorf wurde der neue Status rasch als Chance erkannt, die kommunale Selbstständigkeit auszubauen.

Am 4. April 1896, also nicht einmal zwei Jahre nach der Teilung, fasste die Gemeindeversammlung von Greven-Dorf den Beschluss, den Antrag auf Verleihung des Stadtrechts zu stellen. Der Anstoß ging von den Dorfverordneten selbst aus, offenbar ohne direkte Beteiligung oder Unterstützung des Amtmanns, der zu diesem Zeitpunkt abwesend war. Die Motive hinter der Initiative waren weniger idealistisch als politisch-pragmatisch. Im Rahmen des Amtes Greven hatte das Dorf zwar etwa die Hälfte der gesamten Steuerkraft aufzubringen, konnte aber in der Amtsversammlung regelmäßig überstimmt werden, da dort die Vertreter der ländlichen Gemeinden in der Mehrheit waren. Ein Stadtstatus hätte bedeutet, dass Greven-Dorf aus dem Amtsverband ausschied und als selbstständige Gebietskörperschaft direkten Einfluss auf Kreisebene, etwa im Kreistag des Landkreises Münster, erlangt hätte. Die Stadtwerdung war somit primär ein Versuch, politische und administrative Unabhängigkeit von den ländlichen Gemeinden zu erlangen.

Das Verfahren selbst war in der Preußischen Landgemeindeordnung (LGO) geregelt. Nach § 1 dieser Ordnung konnte einer Landgemeinde die Städteordnung verliehen werden, wenn sich dort „ein städtisches Leben ausgebildet" hatte. Was genau darunter zu verstehen war, blieb allerdings bewusst vage und eröffnete den Behörden einen erheblichen Beurteilungsspielraum. Es handelte sich um das, was man heute einen „unbestimmten Rechtsbegriff" nennen würde: ein Gemisch aus demographischen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und kulturellen Kriterien.

Zur Vorbereitung der Entscheidung verlangte die Bezirksregierung Münster von dem frisch ernannten Amtmann Hermann Joseph Karl von Roesdorff-Salm ein Gutachten über den Entwicklungsstand Grevens. Dieser legte im Sommer 1896 einen umfangreichen Bericht vor, der heute als zentrale Quelle für den Stadtwerdungsversuch gilt. Roesdorff-Salm schilderte darin die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre: die Industrialisierung, das Anwachsen der Textilbetriebe, den Ausbau der Verkehrswege und die starke Bevölkerungszunahme. Dem Bericht fügte er eine detaillierte Liste der bestehenden Industrieunternehmen bei, um die Leistungsfähigkeit des Ortes zu dokumentieren.

Auch in sozialer und infrastruktureller Hinsicht konnte Greven-Dorf beachtliche Fortschritte vorweisen. Der Amtmann erwähnte neun Schulklassen in vier Gebäuden, eine Rektoratschule und eine höhere Mädchenschule sowie ein Krankenhaus, das im folgenden Jahr erweitert werden sollte. Besonders hervorgehoben wurde die Einführung des elektrischen Lichts: Seit dem 1. April 1895 war das Dorf an die Stromversorgung angeschlossen, und noch im selben Jahr wurden die ersten Straßenleuchten in Betrieb genommen. Hinzu kamen gut ausgebaute Chausseen und Verbindungsstraßen, die Feuerwehr, die Existenz zahlreicher Vereine und ein reger „geselliger Verkehr" – Bälle, Konzerte, patriotische Feste und ein reges Vereinswesen, das nach Ansicht des Amtmanns ein Ausdruck „städtischen Lebens" sei.

Die wirtschaftliche und kulturelle Vitalität Grevens blieb auch den übergeordneten Behörden nicht verborgen. Selbst der Oberpräsident der Provinz Westfalen hatte bereits 1893 in anderem Zusammenhang angemerkt, dass sich „das eigentliche Dorf Greven allmählich zu einem lebhaften Industrieort mit städtischem Charakter und städtischen Bedürfnissen herausgebildet" habe. Insofern schien der Zeitpunkt günstig, den nächsten Schritt zu wagen.

Doch trotz dieser positiven Einschätzungen endete das Verfahren überraschend unspektakulär. Nachdem die Unterlagen an die Bezirksregierung Münster übermittelt worden waren, entschied diese im November 1896, das Gesuch nicht weiter an den Oberpräsidenten oder das Innenministerium weiterzuleiten – damit war der Antrag faktisch gescheitert. In der schriftlichen Begründung hieß es, man wolle „vor der Hand abwarten, ob die Entwicklung der Industrie in Greven auch weiterhin so fortschreitet wie in den letzten Jahren". Der Landrat übermittelte dem Amtmann diese Entscheidung mit dem Hinweis, dass eine erfolgreiche Wiederaufnahme „für die nächste Zeit aussichtslos" erscheine.

Inoffiziell kursierten verschiedene Erklärungen für die Ablehnung. Zum einen sei „höheren Orts" die Meinung vertreten worden, dass Greven trotz seiner wirtschaftlichen Stärke noch immer nicht über die für eine Stadt typischen technischen Infrastrukturen verfüge – etwa eine flächendeckende Kanalisation, Wasserleitung und Gasversorgung, die als Kennzeichen moderner Urbanität galten. Tatsächlich befand sich der Ausbau der Kanalisation in Greven-Dorf erst im Planungsstadium (die ersten Bauprojekte wurden 1906 begonnen), und Gas- bzw. Wasserversorgung wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg realisiert.

Ein weiterer Grund dürfte die Kostenfrage gewesen sein: Eine Stadterhebung hätte zwangsläufig zur Herauslösung des Dorfes aus dem Amtsverband geführt. Dann wären im alten Amtsgebiet zwei getrennte Verwaltungen nötig geworden – eine Stadtverwaltung unter einem Bürgermeister und eine Amtsverwaltung für die ländlichen Gemeinden unter einem Amtmann. Das hätte zusätzliche Personalkosten und organisatorische Doppelstrukturen geschaffen.

Schließlich fehlte der Antrag auch an breiter gesellschaftlicher Unterstützung. Die Initiative ging im Wesentlichen von der wohlhabenden Fabrikanten- und Kaufmannsschicht aus, die in der Stadtwerdung vor

allem ein Mittel sah, ihre politische Handlungsfreiheit zu vergrößern. In der übrigen Bevölkerung stieß das Vorhaben offenbar auf Zurückhaltung: Viele Dorfbewohner fürchteten steigende Steuern und eine „Verstädterung", die ihren ländlich-vertrauten Lebensrahmen verändern würde.
Mit der Ablehnung von 1896 endete die erste und für Jahrzehnte einzige Stadtrechtsinitiative in Greven. Zwar blieb das Dorf wirtschaftlich auf Wachstumskurs, und die Infrastruktur entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten weiter – doch die Verwaltungsstrukturen blieben unverändert. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Einwohnerzahl nochmals stark angestiegen war und die Gemeinde längst Merkmale einer modernen Mittelstadt aufwies, griff man das Thema erneut auf.

Der Stadtwerdungsversuch von 1896 zeigt exemplarisch, wie stark kommunale Modernisierung im 19. Jahrhundert von rechtlichen, administrativen und symbolischen Grenzen geprägt war. Wirtschaftlicher Aufschwung und industrielles Selbstbewusstsein allein genügten nicht, um den Status einer Stadt zu erlangen; entscheidend blieb die Beurteilung der Verwaltung und der Nachweis „städtischer" Lebensformen im Sinne der preußischen Ordnung. Im Fall Grevens scheiterten ambitionierte lokale Eliten letztlich an der Kombination aus bürokratischer Vorsicht, infrastrukturellen Defiziten und mangelnder gesellschaftlicher Breite des Antrags.
Gleichwohl markierte der Vorgang einen Wendepunkt: Er machte sichtbar, dass Greven-Dorf in vielerlei Hinsicht bereits städtische Züge angenommen hatte – in Bevölkerungsdichte, Industrialisierung, Vereinswesen und Lebensstil. Auch wenn der Antrag 1896 abgewiesen wurde, war der Weg zur Stadt damit nicht beendet, sondern nur unterbrochen.
Denn nun kam das 20. Jahrhundert – mit seinen Umbrüchen, Katastrophen und Neuanfängen.

Der Erste Weltkrieg hinterließ auch in Greven sichtbare und spürbare Spuren. Viele Männer kehrten nicht aus dem Krieg zurück, Betriebe hatten mit Rohstoffmangel und Absatzproblemen zu kämpfen, und die Inflation der frühen 1920er Jahre traf auch die aufstrebende Textilindustrie empfindlich. Dennoch blieb der industrielle Kern Grevens – die großen Textilbetriebe wie Schründer, Biederlack oder Cramer – weitgehend erhalten und sicherte den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die soziale Struktur des Ortes blieb von der Industrie geprägt. Politisch blieb Greven während der Weimarer Republik Teil des Amtes Greven, das aus den drei Gemeinden Greven-Dorf, Greven rechts der Ems und Greven links der Ems bestand. Eine Stadtwerdung war nach dem gescheiterten Versuch von 1896 kein Thema mehr, aber die Verwaltung professionalisierte sich weiter. Mit dem Bevölkerungswachstum und der Ausdehnung des bebauten Gebiets wuchsen die Anforderungen an Planung, Infrastruktur und soziale Fürsorge. Die Gemeinde Greven-Dorf blieb dabei das wirtschaftliche und administrative Zentrum. 1928/29 diskutierte man sogar über eine mögliche Eingemeindung der beiden Außengemeinden, um die verwaltungstechnische Zersplitterung zu überwinden – ein Plan, der aber nicht umgesetzt wurde.
Mit dem Ende der Weimarer Republik und der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 veränderte sich auch in Greven das politische Leben tiefgreifend. Die kommunalen Gremien wurden gleichgeschaltet, demokratische Strukturen abgeschafft, und die NSDAP übernahm die Kontrolle über Verwaltung, Vereine und öffentliche Institutionen. Trotzdem war 1934 noch einmal von einer möglichen Stadtwerdung die Rede, die der nationalsozialistische Bürgermeister Coppenrath vorschlug. Die Gemeindeältesten stimmten dieser Idee jedoch nur unter der Bedingung zu, dass die Gemeinde Greven-Dorf auch als Stadt im Amt Greven bleibe. Doch blieb auch dieser Vorstoß

folgenlos. Wie sehr sich manche Grevener inzwischen allerdings als Städter fühlten, zeigt ein Leserbrief von 1936, in dem Stadtrecht für Greven gefordert wurde. folgenden Jahr wurde die Stadtwerdung wiederum aufgegriffen, doch wegen mangelnder Unterstützung durch die Bevölkerung wieder fallen gelassen. In Emsdetten wurde hingegen 1938 die Verleihung der Stadtrechte erreicht und mit großem Volksfest gefeiert.

Wirtschaftlich blieb Greven ein typischer Industriestandort des westfälischen Textilraums. Nach der Hyperinflation von 1923 stabilisierte sich die Lage in den späteren 1920er Jahren, und es begann eine neue Bau- und Erweiterungsphase. Entscheidend war dabei die Tätigkeit des „Gemeinnützigen Bauvereins", den die großen Industriebetriebe schon 1906 gegründet hatten, um den eigenen Arbeitern günstigen Wohnraum bereitzustellen. Der Verein war ein frühes Beispiel für betrieblich-soziale Verantwortung und spielte bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg eine prägende Rolle im Grevener Wohnungsbau.

Zwischen 1925 und 1936 entstanden durch ihn zahlreiche neue Siedlungen, insbesondere an der Kettelerstraße und in der Siedlung „Het Nieland" jenseits der Bahnlinie an der Emsdettener Straße. Schon zuvor, ab 1907, hatte man im Umfeld der Antonius- und Vereinsstraße die ersten Werkswohnungen gebaut. Damit setzte sich die seit Ende des 19. Jahrhunderts begonnene räumliche Ausdehnung des Dorfes fort – nicht mehr entlang alter Handelswege, sondern nach industriell-funktionalen Gesichtspunkten: in der Nähe von Fabriken, Bahnanlagen und Verkehrsstraßen.

Die Bautätigkeit war allerdings nicht kontinuierlich. In den frühen 1930er Jahren brachte die Weltwirtschaftskrise einen tiefen Einbruch, der geplante Projekte zum Stillstand brachte. Erst ab 1933, im Zuge der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme, kam es zu einem neuen Siedlungsschub. Ein zentraler Schwerpunkt war der „Fiskediek" im Südosten Grevens, dessen Bebauung seit 1930 geplant war, aber erst 1933/34 umgesetzt werden konnte. Bis 1938 entstanden dort rund 60 Wohnhäuser, meist in einfacher Bauweise für Arbeiterfamilien. Weitere Projekte, etwa am Diekpohl oder entlang der Münsterstraße, wurden durch Materialknappheit, organisatorische Probleme und schließlich durch den Ausbruch des Krieges gestoppt.

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs wuchs das bebaute Gebiet Grevens erheblich. Das städtisch geprägte Areal erstreckte sich nun etwa 3,7 Kilometer von Norden nach Süden und 2,8 Kilometer von Westen nach Osten. Damit war das Dorf faktisch zu einem geschlossenen Siedlungsraum zusammengewachsen, der alle Merkmale einer kleinen Stadt besaß. Doch die politischen Grenzen blieben eng: Die Gemeinde Greven-Dorf umfasste lediglich rund 4,9 Quadratkilometer, was bei über 10.000 Einwohnern eine Bevölkerungsdichte von mehr als 2.000 Einwohnern pro km² bedeutete – ein Wert, der im Münsterland einmalig war und die drängende Notwendigkeit einer Gebietsreform deutlich machte.

Eine übergeordnete städtebauliche Planung existierte jedoch nicht. Zwar beschäftigte das Amt seit 1910 einen Amtsbaumeister, doch blieb die Bauentwicklung meist ungeplant und von einzelnen Interessen oder Zufällen bestimmt. Erst Ende der 1920er Jahre wurden vorsichtige Überlegungen zu einem Bebauungsplan angestellt, insbesondere für jene Randbereiche, die für eine spätere Eingemeindung vorgesehen waren. Diese Planungen verliefen jedoch im Sande. Eine systematische Stadtplanung, die Bebauung, Verkehr und Grünflächen aufeinander abgestimmt hätte, gab es in Greven bis zum Krieg nicht.

Als britische Truppen im April 1945 das Münsterland erreichten, endete auch in Greven die NS-Herrschaft. Die Verwaltung war zusammengebrochen, viele Beamte befanden sich in Kriegsgefangenschaft oder

waren wegen ihrer Parteizugehörigkeit entlassen. Der Wiederaufbau begann unmittelbar nach der Besetzung: Schon im Sommer 1945 wurde eine neue Gemeindeverwaltung unter britischer Kontrolle eingerichtet. Am 13. Dezember 1945 trat der erste Nachkriegs-Gemeinderat zusammen, und am 5. März 1946 wurde Anton Minnebusch (CDU) zum Amtsbürgermeister gewählt. Zunächst leitete jedoch der von der Besatzungsmacht eingesetzte Oberregierungsrat Paul Braschoß kommissarisch die Geschäfte, gefolgt im August 1945 von Johann Berlage, einem erfahrenen Verwaltungsbeamten, der das Vertrauen der Bevölkerung gewann und den Grundstein für den Wiederaufbau legte. Doch die Lasten jener Zeit waren enorm: Wohnungsnot, Flüchtlingselend, Materialmangel, Spannungen mit der Besatzungsmacht. Die Verwaltungsprotokolle aus jener Zeit lesen sich wie die Chronik des Improvisierens. Und trotzdem: aus diesem Chaos heraus wuchs der Wille, Greven neu zu gestalten – nicht nur als Gemeinde, sondern als Zukunftsort.

Der entscheidende Schritt dazu erfolgte Ende 1948. Aus sage und schreibe 149 Bewerbern wählte die Amtsvertretung einen neuen Verwaltungschef: Dr. Leo Drost aus Paderborn. Und mit diesem Namen beginnt die Geschichte der eigentlichen Stadtwerdung. Drost war Jurist, gebildet, sachlich, aber mit einer klaren Vision. Er erkannte, dass Greven längst jene „städtischen Merkmale“ aufwies, die man 1896 vermisst hatte – und dass jetzt, in der neuen demokratischen Ordnung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Zeit gekommen war, die alte Ungerechtigkeit zu korrigieren. Das war ein mutiger Schritt, denn noch 1937 wurde angemerkt, „dass für die Entscheidung der Frage, ob einer Gemeinde die Bezeichnung ‚Stadt‘ verliehen werden könnte, wesentlich ins Gewicht falle die Tatsache, ob die Gemeinde ein eigenes kulturelles Leben aufzuweisen habe. Die industrielle Entwicklung allein könne bei einer Gemeinde, die zurzeit noch rund 8.500 Einwohner habe, nicht ausschlaggebend sein. Nach dieser Auskunft lässt sich die Frage, ob ein Antrag der Gemeinde Greven auf Verleihung der Bezeichnung ‚Stadt‘ Aussicht auf Erfolg hat, nicht ohne weiteres beantworten. Wir wollen uns daher das von Drost verfasste, umfassende Gutachten, das er im September 1949 dem Gemeinderat vorlegte, einmal dahingehend ansehen.

„Aus alten Schulbüchern ist der Vers bekannt:
„Das größte Dorf im Münsterland ist Greven an der Ems,
die größte Stadt in England ist London an der Themse.“
Aus dem Vergleich mit dem größten geschlossenen Stadtgebiet der Erde spricht der berechtigte Stolz der Einwohner Grevens, der in der wirtschaftlichen schnellen Entwicklung der Landgemeinde Greven seine Begründung findet.
Die herkömmliche Bezeichnung „Greven-Dorf“ ist aber seit längerem nicht mehr zutreffend. Greven wird als Siedlung urkundlich zuerst im Jahre 890 erwähnt. Infolge der günstigen Lage an der Ems und an zwei Durchgangsstraßen erfolgte im Mittelalter die Ausbildung zum Umschlags- und Handelsplatz. In dieser Zeit hatte Greven als sogenannter „zugewandter Ort“ den Anschluss an die Hanse gefunden.
Im 18. Jahrhundert war Greven bereits eine Gewerbe- und Handwerkergegend; im „Status animarum“ des Erbbistums Münster von 1749/50 wurden nur noch 11 landwirtschaftliche Berufspersonen aufgezählt. In den letzten hundert Jahren kam unter großem Kapitaleinsatz eine weitere Wendung, die mit der Gründung der 7 bedeutendsten Textilbetriebe in den Jahren 1855, 1879, 1887, 1888, 1900, 1900 und 1927 Greven zu einer Industriegemeinde formte. Daneben nahmen das Handwerk und der Handel einen neuen Aufschwung.
Die Landgemeinde Greven zählt heute 9.962 Einwohner. Hinzu treten die

eingegliederten Ortsteile Overmannsberge und Het Nieland mit 369 Einwohnern, die zum überwiegenden Teil in den Bebauungsplan mit einbezogen und fürsorgemässig von der Landgemeinde Greven versorgt werden. Somit ergibt sich eine Gesamtbevölkerungszahl von 10.331 Personen. Die Industriebetriebe beschäftigen 5.152 Personen. Zur Landwirtschaft gehören 146 Personen. Nach den Grundsätzen der staatswirtschaftlichen Statistik wird Greven, da es zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner zählt, als Kleinstadt angesehen. Im Hinblick auf die Eigenart als Gewerbegemeinde fehlt Greven fast gänzlich das Merkmal der mit der Landwirtschaft verbundenen Wohn- und Wirtschaftsstätten: die Bezeichnung „Dorf" kann daher nicht mehr gerechtfertigt werden. Das wirtschaftliche Gewicht Grevens liegt in der Industrie, daneben besteht die wirtschaftliche Bedeutung Grevens in der Versorgung eines landwirtschaftlichen Umkreises von 10-15 km mit handwerklichen und händlerischen Leistungen. Neben der Einwohnerzahl, der Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrem Lebensstil und der gewerblichen Tätigkeit liegen tatsächlich alle Merkmale einer Stadt vor: D-Zug-Haltestelle, Hotels, Kanalisation, bedeutendes Krankenhaus, höhere Schule, ausgebaute Schwimmbadeanstalt, Stadion, städtische Bebauung und Bebauungs- und Wirtschaftsplan. [Am Rande ergänzt wurde handschriftlich noch Kreisberufsschule]

Bei dieser Sachlage erscheint es erwägenswert, ob die verwaltungsmässig übliche Bezeichnung „Landgemeinde Greven" oder „Greven-Dorf" der weiteren Entwicklung der Gemeinde noch förderlich ist. Die Bezeichnung „Stadt" gibt nach der Deutschen Gemeindeordnung vom 30.01.1935 bzw. 1.4.1946 zwar keine bemerkenswerte rechtliche Besserstellung gegenüber einer Landgemeinde. Hervorgehoben miss aber werden, dass bis zur verfassungsrechtlichen Reform im Jahr 1935 das Land Preußen stets strenge zwischen Städten und Landgemeinden unterscheiden hat und die Städte sich gewisser Vorrechte erfreuten. Städte waren z.B. auf den alten Provinziallandtagen unmittelbar vertreten. Zu bedenken ist: ob Greven als Landgemeinde nicht eines Tages in nicht abzusehender künftiger Entwicklung des gemeindlichen Verfassungsrechtes benachteiligt wird. Eine stärkere Steuerbelastung der Gemeinde bzw. der Einwohner ist ausgeschlossen, da sich durch die Bezeichnung „Stadt" rechtlich nichts ändert. Die Verwaltung hält es für Ihre Pflicht, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Die Landgemeinde Greven besitzt städtischen Charakter, sodass es möglich wäre, bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen die Verleihung der Bezeichnung „Stadt" zu beantragen.

Wenn man vom Verfassungsrecht der Deutschen Gemeindeverfassung ausgehend auch die Bezeichnung Stadt als Ehrentitel ohne wesentliche rechtliche Bedeutung ansprechen muss, würden sich in der praktischen Verwaltungsarbeit und im wirtschaftlichen Fortkommen der Gemeinde doch erhebliche Vorteile ergeben. Im schriftlichen Verkehr auf dem Dienstwege mit oberen Behörden, denen Greven nicht näher bekannt ist, charakterisiert die Bezeichnung als Stadt sofort die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Ortes, ohne dass weitere Ausführungen erforderlich sind. Man kann sich gut vorstellen, dass mancher Bericht, der in wichtigen Angelegenheiten in den letzten Jahren an obere Behörden gegeben worden ist, mehr Erfolg gehabt hätte, wenn er von einer Stadt ausgegangen wäre. Mündliche Verhandlungen mit oberen Behörden werden erleichtert, da die Bezeichnung „Stadt" aufmerksam macht, dass es sich um eine Gewerbegemeinde handelt.

Das Beispiel der aufstrebenden Schwestergemeinde Emsdetten ist zu bedenken. Man hätte in Emsdetten das Stadtrecht nicht erworben, wenn man sich nicht Vorteile versprochen hätte. Bemerkt sei, dass die Gemeinde Telgte seit Jahrhunderten den Titel „Stadt" führt, obwohl ihre wirtschaftliche

Bedeutung hinter Greven zurücksteht. Erwähnt sei, dass Greven im Landkreis Münster die größte Gemeinde ist, der die Bezeichnung „Stadt" in erster Linie zusteht.
An der selbstverständlichen Verbundenheit mit den Landgemeinden Greven rechts der Ems, Greven links der Ems und Gimbte würde durch die Verleihung der Bezeichnung „Stadt" an Greven nichts geändert werden, die die Stadt Greven nach wie vor amtsangehörig bliebe. Um nichts zu unterlassen, was der Entwicklung der Gemeinde von Nutzen sein könnte, wird der Gemeindevertretung empfohlen, den Antrag auf Verleihung der Bezeichnung „Stadt" zu beschließen und bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zu stellen."
Auf dieser Grundlage beschloss der Rat einstimmig, beim Innenminister die Verleihung der Stadtrechte zu beantragen. Die daraufhin am 17. November 1949 vorgenommene Besichtigung ergab, dass die Gemeinde Greven in Bezug auf Struktur, Siedlungsform, Gebietsumfang, Einwohnerzahl und andere die soziale und kulturelle Eigenart der örtlichen Gemeinschaft bestimmende Merkmale tatsächlich städtische Gepräge habe. Die Voraussetzungen für die Verleihung der Bezeichnung „Stadt" seien demnach gegeben.
Und jetzt, meine Damen und Herren, kommt einer jener Momente, die Historikerinnen und Historiker lieben und Verwaltungsbeamte hassen: die Frage, wann genau Greven eigentlich Stadt wurde. Denn die Antwort war lange nicht ganz eindeutig.

In seinem Aufsatz „Die Stadtwerdung Grevens – Eine aktenkundliche Neubewertung" nahm Stefan Schröder 2014 im Hinblick auf den 65. Jahrestag eines der zentralen Identitätsdaten der Stadt kritisch unter die Lupe: nämlich den Tag, an dem Greven offiziell zur Stadt erhoben worden war. Was über Jahrzehnte hinweg in Chroniken, Jubiläumsschriften, Zeitungsartikeln und sogar auf Wikipedia als gesicherte Tatsache gegolten hatte – der 22. November 1949 –, entpuppte sich bei genauer Prüfung als Legende.

Auf Grundlage einer akribischen Auswertung von Verwaltungsakten aus dem Landesarchiv NRW und dem Stadtarchiv Greven konnte Schröder nachweisen, dass die weithin bekannte Urkunde, die den Schriftzug „Stadt Greven" feierlich verlieh und gerne als stolzes Symbol gezeigt worden war, nicht die rechtskräftige Stadtrechtsurkunde darstellte. Sie war nachträglich angefertigt worden, vermutlich für die feierliche Übergabe an die Stadt – schmuck gestaltet, aber ohne das amtliche Siegel und ohne eigenhändige Unterschrift des Innenministers. Mit anderen Worten: ein repräsentatives Schaustück, doch kein juristisch gültiges Dokument.
Das tatsächliche Original, die amtlich gültige Urkunde, war längst in den Verwaltungsakten vorhanden – unscheinbar, unspektakulär, aber rechtskräftig. Sie datierte zwar auf den 22. November 1949, wurde jedoch erst am 22. Januar 1950 vom Regierungspräsidenten Hackethal in Greven persönlich überreicht. Rechtswirksam wurde die Stadterhebung schließlich mit der Veröffentlichung im Amtsblatt am 28. Januar 1950

Damit stand fest: Greven war nicht 1949, sondern erst 1950 offiziell zur Stadt geworden. Schröder entlarvte damit gleich zwei hartnäckige Irrtümer – das falsche Datum und die falsche Urkunde. Den eigentlichen Clou seiner Recherche bildete die Entdeckung der echten, gesiegelten Originalurkunde, die sich 2015 im Tresor der Stadtkasse fand – ordentlich abgeheftet, aber jahrzehntelang unbeachtet.
Mit der Stadterhebung von 1950 war die Sache aber nicht erledigt. Denn der neue Titel musste nun auch mit Leben gefüllt werden. Greven war zu diesem Zeitpunkt noch immer in drei Gemeinden geteilt: Greven-Dorf, Greven rechts der Ems und Greven links der Ems.

Das war, wenn man ehrlich ist, ein unhaltbarer Zustand – drei Verwaltungen für eine Lebenswirklichkeit. Dr. Drost erkannte, dass wahre Stadtwerdung mehr bedeutete als ein Stempel: Sie bedeutete Einheit. Mit einer Denkschrift vom 21. August 1950 überzeugte er die drei Gemeinden von der Notwendigkeit einer Zusammenlegung. Nicht alle waren begeistert. In Schmedehausen und Hüttrup, vor allem „rechts der Ems", regte sich Widerstand. Es gab Protestversammlungen, 500 Unterschriften wurden gesammelt. Aber Drost blieb standhaft, und 1952, also zwei Jahre nach der Stadterhebung, war es soweit: Die Gemeinden Greven-Dorf, Greven rechts der Ems und Greven links der Ems wurden zur neuen Stadt Greven vereinigt. Eine notwendige Folge der Zusammenlegung war die Auflösung des Amtes Greven, die dann 1954 zum Abschluss kam. Beide Gemeinden des ehemaligen Amtes beschlossen jetzt, eine Verwaltungsgemeinschaft zu bilden, dem zufolge sollte der Stadtdirektor von Greven auch Gemeindedirektor von Gimbte sein. Die Belange der Bauerschaften wurden durch die Schaffung von Bauerschaftsausschüssen, dazu ein Ortsausschuss für Reckenfeld, gewahrt, ebenso durch die Bestellung je einen Stellvertreter für den Bürgermeister aus diesen Ortsteilen.
Was folgte, war eine Zeit der Dynamik und des Optimismus. Die fünfziger Jahre waren nicht nur die Jahre des Wiederaufbaus, sondern auch jene des kommunalen Stolzes. Greven investierte in Straßen, Schulen, Kanalisation und Wohnungsbau. Zwanzig Kilometer Kanalisation wurden gebaut, neue Schulen entstanden, und die Ems – lange ein launischer Nachbar – wurde reguliert und eingedeicht.

Zum ersten Mal gab es einen Leitplan für die Stadtentwicklung – man wollte nicht länger dem Zufall überlassen, wo Straßen, Häuser und Betriebe entstanden. Die alten Arbeitersiedlungen, die bereits im 19. Jahrhundert von den Textilfabrikanten gebaut worden waren, wurden erweitert, neue Wohngebiete erschlossen. Das „größte Dorf" begann, städtisch zu atmen. Auch kulturell wandelte sich das Bild. Wo früher patriotische Kriegerfeste und Schützenumzüge dominierten, traten nun neue Formen bürgerlicher Kultur hinzu: Musik, Theater, Lesungen, Volkshochschule. Das Vereinswesen blieb lebendig – aber es wurde vielfältiger. Greven entdeckte, dass Stadtsein nicht nur ein Verwaltungsakt, sondern auch ein Lebensgefühl war.

Greven als Stadt – ein Fazit der ersten 75 Jahre
Wenn man heute, 75 Jahre nach der Stadterhebung, auf diese Entwicklung blickt, dann erkennt man: Die Stadtwerdung war weniger ein Moment, als vielmehr ein Prozess. Sie begann mit den Träumen der Industriellen im 19. Jahrhundert, wurde verzögert durch die preußische Bürokratie, aufgeschoben durch Kriege – und schließlich vollendet durch einen Verwaltungsjuristen mit Weitblick. Greven wurde nicht über Nacht zur Stadt. Es wurde es Schritt für Schritt, Jahr für Jahr – durch Arbeit, Wachstum und den Willen, als Gemeinschaft.

Reckenfeld: Vom Munitionslager zur Siedlung mit Seele
Meine Damen und Herren, kommen wir nun zum zweiten Jubiläum, über das wir sprechen müssen: 100 Jahre Reckenfeld.
Die Frage, wann Reckenfeld eigentlich begann, beschäftigt nicht nur die Heimatforschung, sondern auch das Herz vieler Reckenfelderinnen und Reckenfelder. War es das Munitionslager, das den Anfang setzte – oder erst die erste zivile Ansiedlung von Optanten, also jenen deutschen Heimkehrern aus Osteuropa, die hier nach dem Ersten Weltkrieg eine neue Existenz suchten?
Beide Antworten sind richtig – und doch unvollständig. Denn Reckenfeld ist, historisch betrachtet, ein Ort, der mehrfach geboren wurde.

Die Geschichte Reckenfelds beginnt nicht als Siedlung, sondern als militärische Anlage. Am 2. November 1916 informierte das Kriegsministerium den Minister für öffentliche Arbeiten, dass zwischen Münster und Rheine ein Nahkampfmitteldepot errichtet werden solle. Die Maßnahme galt als geheim und dringend, da sie der Sicherstellung der Waffen- und Munitionsversorgung während des Ersten Weltkriegs diente.

Für das Depot wurde eine Fläche von etwa 130 Hektar benötigt. Teile dieses Areals wurden durch Enteignung von Grund und Boden gewonnen, insbesondere in der Reckenfelder Heide.

Bereits bald nach der Entscheidung begann der Bau. Das Depot erhielt einen normalspurigen Bahnanschluss, um den Transport großer Mengen an Munition und Material zu ermöglichen. Insgesamt wurden 30 Kilometer Gleise verlegt und ein eigener Übergabe- und Abstellbahnhof errichtet. Bis Anfang 1918 war der Bau abgeschlossen, und am 21. Januar 1918 fuhr der erste Munitionszug ein – wenige Monate vor Ende des Ersten Weltkrieges!

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags verlor das Depot seine militärische Bedeutung. Ab 1919 begann die Entmunitionierung und Beseitigung von Sprengstoffen, wobei die vorhandenen modernen Schneideanlagen und Reparaturwerkstätten genutzt wurden. Zwischenzeitlich (bis März 1921) nutzte die Firma Hoppecke die Anlage, ehe die Alfred Nobel AG das Gelände pachtete, um dort Nitroglycerin zu lagern. Am 23. März 1923 verkaufte der Staat das gesamte Gelände an die Eisenbahnhandelsgesellschaft Ost mit Sitz in Berlin. Die interalliierte Militärkommission verlangte im Zuge der Abrüstung, dass Lagerhäuser und Bahnanlagen entfernt wurden. So verlor das Areal seine logistische Infrastruktur.

Angesichts des leerstehenden, großflächigen Geländes entwickelte die Eisenbahnhandelsgesellschaft Ost die Idee, es in eine Wohnsiedlung umzuwandeln.

Am 27. August 1925 trafen die ersten Optanten in Reckenfeld ein. Diese Familien stammten aus ehemals deutschen Gebieten, die nach dem Versailler Vertrag an Polen gefallen waren. Sie mussten sich zwischen deutscher und polnischer Staatsangehörigkeit entscheiden – wer sich für die deutsche entschied, musste das neue Polen verlassen. Daher die Bezeichnung Optanten.

Die erste Familie, die in Reckenfeld ankam, war die des Landarbeiters Johann Richau aus Westpreußen, begleitet von seiner Ehefrau Pelagia und vier Kindern. 13 weitere Familien mit weiteren 58 Personen folgten nach. Sie stammten aus Konitz, Strasburg, Wollnitz, Krojanken, Bahrendorf, Neugut, Kreuz, Guesdan und Ludwigslust. Die Begrüßung erfolgte in der Kantine des ehemaligen Depots, und die Familien wurden anschließend in den ehemaligen Mannschaftsunterkünften untergebracht. Diese Räume waren in einem schlechten Zustand – provisorisch hergerichtet, ohne ausreichende Betten oder Heizung. Die Lebensbedingungen waren hart: Krankheiten griffen um sich, zwei Kinder starben kurz nach der Ankunft.

Die Familien gründeten eine Notgemeinschaft, vertreten durch Johann Richau, der beim Amt Greven um finanzielle Unterstützung bat. Die Unterbringungskosten beliefen sich im ersten Monat bereits auf 460 Reichsmark, eine erhebliche Belastung für das Amt. Viele waren den Anforderungen der Neusiedlung in keiner Weise gewachsen, zumal ihnen von der Gesellschaft teilweise falsche Versprechungen gemacht worden waren, und verließen das ungastliche Schuppenlager, um im Industriegebiet lohnende Arbeit zu finden, die es in der Reckenfelder Heide nicht gab. Erst als seit 1927 in zunehmendem Maße Berginvaliden und Kriegsbeschädigte aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet hierher kamen, um sich, gestützt auf ihre kleine Rente, hier wieder ein Stück ländliche Heimat zu schaffen – wie sie diese aus eigener

Kindheit oder aus der Erinnerung ihrer Eltern her noch kannten –, wuchs hier in der Heide eine neue Gemeinde auf.

Über die soziale Struktur und die Lebensbedingungen in der Siedlung berichtet eine Denkschrift einer Untersuchungskommission aus dem Jahre 1932: „Die Lebensweise der Familien ist sehr unterschiedlich. Eine Anzahl pensionierter Steiger und auch Schwerkriegsbeschädigte leben mit ihren Familien in geordneten Verhältnissen. Viele Kleinrentnerfamilien, hauptsächlich Knappschaftspensionäre, haben jedoch nur eine geringe Rente, von der sie nach Abzug der auf den Kaufpreis des Grundstücks zu zahlenden Raten und Zinsen nicht mehr leben können. Sie fallen deshalb teilweise dem Wohlfahrtsamte Greven zur Last. Von der noch arbeitsfähigen und auf Verdienst angewiesenen Bevölkerung finden nur junge Burschen und Mädchen, und auch nur zum Teil, Arbeit in den Textilfabriken in Greven und Emsdetten. Der größte Teil der erwachsenen Arbeiter bezieht Arbeitslosen-, Krisen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Die vorhandenen Handwerker und deren Hilfspersonal haben sich bisher größtenteils nur durch Ausführung von Bauarbeiten, die auf Grund der Hergabe von Hausbau-Darlehen gemacht wurden, halten können. Der geringe Ertrag der kleinen Bodenflächen, meist ¾ Morgen, bietet dem Siedler eine kaum nennenswerte Beihilfe, zumal er sich meist finanziell außerstande sieht, dem Boden den nötigen Dünger zuzuführen. Reckenfeld hat zurzeit 67 Wohlfahrts-, 52 Arbeitslosen- und 20 Krisen-Unterstützungsempfänger im Gebiet der Gemeinde Greven links der Ems. Kaum erwachsene Söhne und Töchter von Familien, die den Unterhalt ihrer Kinder nicht mehr bestreiten können, schließen sogenannte Wohlfahrtsehen, um dann auf Grund des nur scheinbar neu gegründeten Hausstandes in den Besitz der Wohlfahrtsunterstützungen zu gelangen und so den Haushalt ihrer Eltern zu entlasten. Viele bestreiten teilweise ihren Lebensunterhalt durch Borgen bei den Handwerkern und Geschäftsleuten in Reckenfeld, Greven und Emsdetten, so daß bei einem weiteren Zusammenbruch der Siedlung auch diese Kreise größeren Schaden erleiden. Manche notleidende Familie durchzieht hamsternd das Land …“

Der eigentliche Wendepunkt kam mit der wirtschaftlichen Erholung ab 1932/33. Die Grevener Textilindustrie bot nun wieder Beschäftigung, und viele Reckenfelder fanden dort Arbeit. Aus dem notdürftigen „Schuppenlager“ entstand eine dauerhafte Siedlung, deren Bewohner ihre Häuser ausbauten, Gärten anlegten und eine dörfliche Infrastruktur schufen.
Reckenfeld entwickelte sich zu einem Ortsteil mit eigenständiger Identität – entstanden aus den Trümmern eines Kriegsdepots, belebt durch Menschen, die ihre Heimat verloren hatten, und gewachsen durch den unermüdlichen Wunsch nach einem neuen Zuhause.
Die Geschichte Reckenfelds ist somit ein Beispiel für die Transformation eines militärischen Zweckbaus in eine zivile Gemeinschaft. Aus einem geheimen Munitionslager von 1916 wurde innerhalb weniger Jahre eine Siedlung, die aus Not, Vertreibung und wirtschaftlicher Unsicherheit herauswuchs. Trotz widriger Umstände und sozialer Spannungen entwickelte sich Reckenfeld zu einem dauerhaften Bestandteil der Stadt Greven – ein Ort, dessen Wurzeln tief in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts liegen.

Jubiläen und Identität – Warum wir heute feiern

Wenn man 100 Jahre Reckenfeld und 75 Jahre Stadt Greven gemeinsam feiert, dann feiert man nicht zwei getrennte Geschichten, sondern zwei Kapitel einer größeren Erzählung: die Geschichte des Werdens, der Selbstbehauptung und der Anpassung. Greven und Reckenfeld sind – bei allen Unterschieden – Schwestergeschichten. Die

eine handelt vom langen Weg zur Stadt, die andere vom plötzlichen Entstehen eines Ortes. Die eine ist geprägt von Akten, Paragraphen und preußischen Formularen; die andere von Baracken, Hoffnung und handwerklichem Mut. Und doch führen beide auf denselben Punkt zu: auf den Willen, Gestaltungskraft aus Geschichte zu schöpfen.
Wir blicken zurück, nicht um dort zu bleiben, sondern um zu verstehen, wie wir hierhergekommen sind. Und wir feiern, weil wir wissen, dass Geschichte nicht nur in Büchern steht, sondern in Straßen, Häusern und Gesichtern fortlebt.

Meine Damen und Herren,
wenn die Grevenerinnen und Grevener im Jahr 1950 Städter wurden, dann dachten sie vermutlich an Kanalisation, Straßenbeleuchtung und Verwaltungssitz. Wenn man heute darüber spricht, was eine Stadt ist, denkt man an Breitbandanschluss, Klimaschutz und Fahrradwege. Die Zeiten ändern sich – die Fragen bleiben erstaunlich ähnlich:
Wie wollen wir zusammenleben? Was hält uns als Gemeinschaft zusammen? Wie verbinden wir Vergangenheit und Zukunft? Vielleicht liegt das Geheimnis des Stadtseins genau darin:
nicht in Türmen, nicht in Urkunden – sondern im Miteinander. Eine Stadt ist nicht das, was auf dem Siegel steht, sondern das, was zwischen den Menschen geschieht. Und wenn Greven heute Stadt ist, dann deshalb, weil hier über Generationen hinweg Menschen daran gearbeitet haben, ihre Gemeinschaft lebendig zu halten – mit westfälischer Ruhe, mit Humor und mit einem guten Gespür dafür, dass man auch aus einer schmucklosen Urkunde Geschichte machen kann.
Und Reckenfeld? Reckenfeld erinnert uns daran, dass Orte nicht nur wachsen, sondern auch geboren werden können – aus Zufällen, Krisen und dem Mut zum Neuanfang. Dass es Orte gibt, die keinen stolzen Gründungsakt brauchen, um Heimat zu sein. Und dass Identität nichts Starres ist, sondern etwas, das wächst – wie eine Siedlung, die aus Baracken herauswächst und irgendwann sagt: „Jetzt sind wir da."

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!